

Transatlantisches Bollwerk?

Die Europäische Union und die USA schwächen die Welthandelsorganisation. Von Heribert Dieter

Während des Besuches von Präsident Barack Obama in Berlin wurde einmal mehr das geplante Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) als Meilenstein für die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Amerika und Europa gepriesen. Von Washington über Brüssel bis Berlin reicht die Woge der Begeisterung. Politik und Wirtschaftsverbände sind begeistert von den Möglichkeiten eines gemeinsamen transatlantischen Wirtschaftsraums. Aber bei genauer Betrachtung ist dieses Projekt ein Irrweg. Der wirtschaftliche Nutzen ist begrenzt, der politische Schaden dagegen immens.

Schutz vor allzu starker Konkurrenz

Die Europäische Union und die USA haben sich in den letzten Jahren einem weltweiten Trend zur Schaffung von Freihandelszonen angeschlossen. Diese Präferenzabkommen liberalisieren den Warenhandel innerhalb der Freihandelszone, schliessen jedoch Drittstaaten aus. Die Standardbegründung für die Schaffung von Freihandelszonen lautet, dass die Welthandelsorganisation (WTO) in einer tiefen Krise stecke und mit einem Abschluss der laufenden Dauha-Runde nicht zu rechnen sei.

Aber auch die veränderte weltwirtschaftliche Lage hat dazu beigetragen, das Interesse an der WTO erlahmen zu lassen. Das Jahr 2001 markiert nicht nur den Beginn der Dauha-Runde, sondern auch den Beitritt der Volksrepublik China zur WTO. Seitdem hat sich der kometenhafte Aufstieg der chinesischen Wirtschaft fortgesetzt. Damit verbunden ist eine wachsende Sorge vor dem Wettbewerb mit China und anderen Schwellenländern: Viele Bürgerinnen und Bürger in OECD-Staaten fragen sich, ob sie im globalen Wettbewerb mit den aufstrebenden Ökonomien werden bestehen können.

Damit wird ein zentrales Problem der Präferenzabkommen deutlich: Viele dieser Abkommen sollen nicht für eine Liberalisierung des Handels sorgen, sondern sind als Schutzmechanismen vor allzu starker Konkurrenz gedacht. Genau dieses Motiv ist für die Regierung von Präsident Obama zentral: Es geht nicht um freien, sondern um «fairen» Handel. Die transatlantische Freihandelszone dient defensiven Zwecken. Sie ist der Versuch, ein Handelsregime unter Ausschluss Chinas und anderer Schwellenländer zu schaffen. Die USA und die EU würden mit der Schaffung einer Freihandelszone auch Verrat an ihren eigenen Idealen begehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die multilaterale Handelsordnung geschaffen, um die diskriminierenden Abkommen der 1930er Jahre zu überwinden. Die damalige Zersplitterung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sollte mit der liberalen Nachkriegsordnung überwunden werden. Das Prinzip der Meistbegünstigung war geboren. Alle handelspolitischen Vergünstigungen waren automatisch allen Vertragsparteien zugänglich.

Kleiner Nutzen, grosse Kollateralschäden

Bedenkt man diese Zusammenhänge, gibt es keinen triftigen Grund, die erfolgreiche multilaterale Ordnung über Bord zu werfen und wieder auf diskriminierende

Präferenzabkommen zu setzen. Die EU und die USA können den weiteren Aufstieg Chinas und anderer Länder nicht verhindern, aber sie können dafür sorgen, dass die internationalen Wirtschaftsbeziehungen auch künftig innerhalb der von den USA und ihren Verbündeten geschaffenen Ordnung stattfinden.

Zudem liesse sich die Europäische Union durch die Teilnahme an einem Präferenzabkommen vor den geopolitischen Karren der USA spannen. Zurzeit verfolgt die Regierung Obama nämlich nicht nur ein transatlantisches, sondern auch ein transpazifisches Grossprojekt. Am Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP) nehmen zwölf Länder, einschliesslich des wirtschaftlichen Schwergewichts Japan, teil. China ist nicht eingeladen, diesem Abkommen beizutreten. Sollte es den USA gelingen, sowohl das transatlantische als auch das transpazifische Abkommen zum Abschluss zu bringen, wäre handelspolitisch eine neue, bipolare Ordnung entstanden. Europa hat natürlich kein Interesse an einer solchen Fragmentierung der Welthandelsordnung. Gerade Europa sollte die multilaterale Ordnung aktiv stärken. Dazu gehört, keine die WTO schwächenden Parallelstrukturen aufzubauen.

Mit einer transatlantischen Freihandelszone würden die historischen Erfolge der multilateralen Regulierung des Welthandels leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Ob die Einbindung der Entwicklungsländer in das multilaterale Regelwerk oder die Schaffung eines sehr erfolgreichen Streitschlichtungsmechanismus in der WTO: In bilateralen und anderen Präferenzabkommen können die Vorteile eines transparenten und einheitlichen Regelwerkes nicht erreicht werden. Eine transatlantische Freihandelszone würde die WTO in die Irrelevanz abgleiten lassen. Für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der transatlantischen Volkswirtschaften ist ein solches Abkommen nicht notwendig, weil die Reformen auf nationaler Ebene unilateral implementiert werden können. Der ökonomische Nutzen von TTIP ist begrenzt, aber die politischen und wirtschaftlichen Kollateralschäden wären erheblich.

Heribert Dieter forscht zu internationalen Wirtschaftsbeziehungen an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin und ist Gastprofessor für internationale politische Ökonomie an der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen am Bodensee.